

Der Volksstaat

Bestellungen nehmen an alle Postämtern u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Sueders, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter Gah, 8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal. Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Reg. Sachsen u. Grath. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abfassung von Partei-, Vereins- und Vortragsreden, sowie die Füll- und Füllungsarbeiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 71. Sonntag, 21. Juni. 1874.

Politische Uebersicht.

Unter der Ueberschrift: „Das sächsische Räthsel“ bringen die preussisch-deutschen Reptilienblätter einen Heul- und Denunziationsartikel, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„In Sachsen hätten wir nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen eine ernstliche Einkehr der Regierung und der gesetzlichen Bevölkerung erwartet, eine Selbstprüfung darüber, welche Momente denn den unglaublichen Zustand jenes Landes verschuldeten und wie ihm abzuhelfen sei? Wer der Ansicht ist, daß die Ereignisse der Geschichte der Menschheit zum Lehrmittel dienen, mag sich hier von dieser Illusion heilen, wenn er sieht, daß die Ereignisse, welche sich vor unseren Augen vollziehen, ohne Einfluß und heilsame Wirkung bleiben. Ganz Deutschland gerieth in ein schmerzliches Staunen, als vor noch nicht 6 Monaten, im Januar des laufenden Jahres, von 23 Reichstagsmitgliedern nicht weniger als 7 durch die sozialdemokratische Revolutionspartei besetzt wurden und in einer größeren Anzahl von Bezirken noch bedeutende Minoritäten dieser Partei sich zeigten. Ein Land, in welchem mindestens ein Drittel der Wähler eine offene Kriegserklärung gegen Staat und Gesellschaft abgibt, befindet sich in einer gefährlichen Krise. Man sah mit Spannung einer Aufklärung entgegen, man fragte sich, wie wird der in seinen Grundfesten bedrohte Staat auf diese Manifestation antworten? Diese Antwort liegt in den letzten 6 Monaten sächsischer Geschichte, und sie ist beinahe noch außerordentlicher als die Frage, durch welche sie provoziert wurde, und, wenn wir uns nicht sehr irren, ein schlagender Beweis von der Größe, welche menschliche Verblendung annehmen kann.“

Statt, wie man als selbstverständlich erwarten konnte, den Versuch zu machen, die gesammte gesetzliche Bevölkerung zu einem gemeinsamen Widerstand gegen die revolutionäre Partei zu sammeln, sehen wir den kleinen Krieg innerhalb der staatsverhaltenden Parteien alsbald mit einer wachsenden Festigkeit entbrennen. Es ist schwer, sich der Ansicht zu entziehen, daß das sächsische Ministerium selbst, statt jener vermittelnden Politik, die vor Allem von ihm erwartet werden mußte, eine Art Parteihege gegen die nationalliberale Partei organisierte. Nun ist es bekannt, wie es gerade die nationalliberale Partei ist, welche als der politische Ausdruck der bürgerlichen Bevölkerung, des Gelehrtenstandes, der Mittelklassen überhaupt, von der Sozialdemokratie mit tödtlichem Hass verfolgt wird; ist es doch gerade diese Partei, welche politisch und wissenschaftlich die verderblichen Lehren der Sozialdemokratie bekämpft. Man kann nicht annehmen, daß die sächs. Regierung die Absicht hegt, die Sozialdemokratie zu benutzen, um den nationalliberalen Bürgerstand zu brechen; wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, als wollten wir einen solchen schweren Vorwurf gegen Männer richten, deren persönliche Rechlichkeit anzuzweifeln, wir keinen Anlaß haben. Lassen wir aber eine solche Annahme fallen, so wird alles das, was wir in den letzten Monaten in Sachsen vor sich gehen sahen, so wirr und sinnlos, daß wir uns in einem Labyrinth sehen, aus dem kein Faden herausführt.“

Das Preßreptil, welches sich mit dem „sächsischen Räthsel“ herumquält, kommt leider mit seinem Erguß um einige Posttage zu spät. Fürst Bismarck manipuliert seit 10 Jahren mit dem „rothen Gespenst“, und die sächsische Regierung ist auch gründlich darauf reingefallen. Wie gründlich, das besagt das sozialdemokratische „Drittel“ bei den letzten Reichstagswahlen. Hat die sächsische Regierung Lust, auf den Rath unseres Preßreptils nochmals reinzufallen, gut, uns kann es ganz recht sein. Wir haben dabei bloß zu gewinnen. Wahrhaft komisch ist aber das Gewinsel über der „Parteihege“, die in Sachsen jetzt gegen die nationalliberale Partei organisiert sein soll. Hätten wir nur ein Behnzel der Freiheit, die dieser angeblich verfolgten Partei gewährt wird, wir wären zehnmal so frei, als wir es heute sind. Daß Hr. Biedermann nicht zum sächsischen Premierminister ernannt, und Hr. Tageblatt-Hüttner die Freigabe entzogen worden ist, mag sehr grausam sein, konstituiert aber unglücklichweise noch kein politisches Martyrthum, nicht einmal ein so wohlfeiles, wie das der katholischen Bischöfe in Preußen. Beiläufig gibt es ein sicheres Mittel, die Nationalliberalen in Sachsen zufrieden zu machen; man behandle sie à la Bismarck: morgens Fußtritte, mittags Fußtritte, abends Fußtritte, und in der Zwischenzeit ein goldenes Fußtritterchen auf die Beulen. Probaturum est. So wird man bei den nationalliberalen Biedermännern populär à la Bismarck; und so löst man am praktischsten „das sächsische Räthsel“.

Nach § 150 der Gewerbeordnung kann gegen Arbeitgeber, welche innerhalb der letzten fünf Jahre dreimal wegen Uebertretung der über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in dem § 128 erlassenen Bestimmungen bestraft sind, auf den Verlust der Befugniß zur Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für eine bestimmte Zeit oder für immer erkannt werden. Mit Rücksicht auf den § 6 des Einführungsgesetzes zum deutschen Strafgesetzbuch waren nun mehrfach Zweifel erhoben worden, ob auch diese Strafe, welche nicht zu den im Strafgesetzbuch enthaltenen Strafarten gehört, überhaupt noch erkannt werden könne. Das preussische Obertribunal hat indessen in einer Anklagesache gegen den Direktor des Stolberger Glashütten-Attienvereins zu Stolberg (Reg.-Bez. Aachen) solchen eine Entscheidung erlassen, in welcher die fortwauernde Zulässigkeit dieser Strafart anerkannt wird. Es wird dieselbe daraus gefolgert, daß das Gesetz vom 12. Juni 1872, betr. die Einführung der Gewerbeordnung als Reichsgesetz, welches erst nach dem Einführungsgesetz zum deutschen Strafgesetzbuch erlassen ist, die Strafbestimmung für Zuwiderhandlungen gegen ein auf Verlust der fraglichen Befugniß

gerichtetes Erkenntniß modifiziert und somit die fortwauernde Zulässigkeit solcher Erkenntnisse anerkennt. — Wir hoffen, unsere Parteigenossen benutzen den Vortheil, den ihnen diese Entscheidung gewährt und sehen den Herren Fabrikanten recht scharf auf die Finger. Schärfer als es bisher der Fall gewesen. Der Arbeiter macht leider von den wenigen Waffen, die das Gesetz ihm bietet, nicht den Gebrauch, welcher trotz der Mangelhaftigkeit derselben bei einiger Energie von ihnen gemacht werden könnte.

Der „militärische Geist“. Trotdem der Fall des zu Tode gequälten bayerischen Soldaten Plattner nunmehr vor Gericht kommen wird — den empörenden Inhalt der Zeugenausagen bringen wir in unserem „Erzähler“ — hat doch wieder in München ein Vicewachtmeister bei den Kürassieren einen Soldaten so geschlagen, daß derselbe jetzt schwer darniederliegt und wahrscheinlich nicht mehr arbeitsfähig werden wird. Der brave Vicewachtmeister hatte sich einen Todtschläger angeschafft, da ihm die Reitpeitsche zum Prügeln nicht mehr wichtig genug war. Jetzt ist der erbärmliche Kerl zu feig, für seine Heldenthaten einzustehen und will sich damit ausreden, daß ein Pferd den armen Soldaten so schwer geschlagen habe. Es mag ein „Pferd“ gewesen sein, aber ein zweibeiniges.

Hoffentlich ist die bayerische Presse menschlich genug, auch fernerhin den militärischen Kannibalismus so energisch an den Pranger zu stellen, wie die an dem Soldaten Plattner verübten Grauel, so daß die Landtagsabgeordneten gezwungen sind, ihre Lähmheit abzulegen und den Kriegsdirektor zu interpellieren.

Zu Berlin steht der Tessenlof wegen „Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten“ (§ 130) einen Sozialdemokraten nach dem andern in die Stadtvoigtei — „von Rechtswegen“. Zu Dresden „schlagen“ sich der russische Gesandte und ein Graf Ludner, den die Schwester des russischen Gesandten hat abfahren lassen, auf Pistolen und der Graf schießt den Russen durch den Hut. Ein Sohn Bismarcks und andere sehen der mittelalterlichen Komödie zu, die von Niemanden gestört wird. Wegen solche „Gewaltthätigkeiten“ gibt es keine Polizei, keinen Tessenlof. Das Duell hat allerdings wieder einen neuen Heiligenschein erhalten, seit Hefesiel dem „Voll der Denker“ lang und breit erzählt hat, wie sein genialer Vordem als „flotter Bursch“ seine Gegner mit der Klinge bearbeitet hat und wie er selbst von Niemandem getroffen werden konnte als von dem jetzigen Braunschweiger Handelsgerichtsdirektor Bode, der freilich im Reichstage niemals mit einer Rede niederkommen vermochte. Und wenn der Alte so wacker „gepaukt“, so werden doch auch die Söhne an mittelalterlichen Manövern ihre Freude haben, wie dies schon vor ein paar Jahren in Bonn zu Tage trat.

Der Staat der Milliarden ist in allen Dingen „haus-hälterisch“, nur nicht wenn es sich um das Militär handelt. So hat der Präsident des Berliner Stadtgerichts eine Verordnung erlassen, nach welcher die Deputation für kleine u. s. w. nicht mehr als sechs Prozesse in einer Viertelstunde erledigen darf. Das macht für einen Prozeß gerade 2 1/2 Minuten. Und das nennt man „Gerichtsvorsahren“! Dagegen ließe sich freilich nichts thun, als mehr Juristen anstellen, die Rechtspflege in mehr Hände zu legen. Es sieht man schon daraus, wie unpraktisch der doch an Personal so reiche und so komplizierte bürokratische Apparat Preußens die einzelnen Zweige der Rechtspflege unter sich vertheilt hat, so darf man gar nicht daran denken, daß man in Preußen etwa die Mittel beschaffen wird, diesem riesengreifenden Uebelstande abzuhelfen, der im sozialen Leben unsägliche Verwirrung anrichtet mag. Ja, wenn es sich um neue Fideleihen für die königlichen Cabetten oder um neue Kanonen für die Kriegsschiffe handelte, dann wäre Herr Camphausen bei der Hand! Aber freilich, was haben „schleunige Prozeßsachen“ mit der weltgeschichtlichen Mission Preußens zu thun?

Zur Fabrikation der öffentlichen Meinung. Im „Correspondent“ lesen wir: „Wie die „Annalen“ (das Organ der Buchdruckereibesitzer-Coalition gegen die Gehülfen) mittheilen, beabsichtigt Herr Franz Dunder in Berlin, Zeitungs-Unternehmern in kleinen Städten die nöthige Auflage einer Zeitung von vier Seiten in klein Folio sechs Mal wöchentlich für den Preis von 12 1/2 Gr. pro Exemplar und Quartal zu liefern. Die 4. Seite wird freigelassen behufs Ausfüllung mit Lokalnachrichten, Inseraten u. s., und der Titel nach Wunsch aufgedruckt. Da hätten wir denn eine recht angenehme Ergänzung der Reptilienpresse.“

Wir müssen gestehen, die Originalwaare aus dem Preßbureau ist uns lieber als dieses angebrochene Dunder'sche Surrogat. Man weiß wenigstens woran man ist.

„Gosensverstand“. Das Leipziger „Tageblatt“ läßt sich von „hochachtbarer Seite“ (Professor Birnbaum oder dem noch anonymen Behnthalers-Erschnorer?) schreiben: „Sie können sich aufrichtig Glück wünschen wegen des Einbruchs, den die von der sächsischen Staatsregierung gegen das Leipziger Tageblatt ergriffenen Maßregelungen im ganzen Deutschen Reich hervorgebracht haben. Außer dem „Volksstaat“ und andern sozialdemokratischen Organen, einigen besonders gut vinctulierten Amtsblättern, der Reichszeitung, den Dresdener Nachrichten, der Berliner Kreuzzeitung, dem „Vaterland“ und dem „Volksboten“ in München, endlich dem Blatte des Herrn Sonnemann, der

„Frankfurter Zeitung“, hat Niemand die Maßregel in Schutz genommen. Wenn irgend etwas dem Minister zu denken geben sollte, so müßte es die Gesellschaft sein, in der er sich befindet.“

Die Gesellschaft ist allerdings eine sehr gemischte: es ist die gesammte, nicht aus dem Reptilienfonds gespeiste Presse, ohne Unterschied der Parteistellung. Der Gosensverstand des Herrn Hüttner sieht nicht, daß sein „Hochachtbarer“ dem sächsischen Ministerium ein unfreiwilliges Compliment macht.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben, daß die dänische sozialdemokratische Arbeiterpartei sich aufs neue gegründet und befestigt hat; daß die einzelnen sozialdemokratischen Fachvereine sich centralisirt haben unter einer Centralverwaltung, welche die sozialpolitischen Interessen sämtlicher Arbeiter vertritt, und daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Herangezugin des Organs „Social-Demokraten“ ist. Alsdann sei bemerkt, daß die Partei ihr erstes großes Volksfest am 5. Juni (Stiftungsfest des Grundgesetzes) im Thiergarten bei Kopenhagen unter großer Theilnahme (ca. 15,000 Personen) gefeiert hat, wobei nicht weniger als 22 rothe Fahnen in dem großen Zuge durch die Stadt nach der Eisenbahn waren. Im Interesse unserer Sache sei bekannt gemacht, daß der hiesige Schuhmacherstreik noch fortanert, doch bloß partiell; und man bittet, Bezug fernzuhalten. Ferner haben die hiesigen Gürtler und Metallarbeiter, die unter sehr ungünstigen Verhältnissen leben, einen sozialistischen Fachverein gebildet, der aber, da er ein Dorn im Auge der Meister ist, die letzteren veranlaßt hat, fremde Gehülfen zu verschreiben; besonders sind die Herren Jensen, Oesterbro, Amelung, Hylkenstroe und Lehmann thätig gewesen in dieser Richtung. Mögen sich die deutschen Collegen nicht durch die schönen Versprechungen genannter Herren betören lassen und ihren dänischen Brüdern durch Annahme von Arbeit schaden. Briefe von Genossenschaften, Arbeitervereinen, Fachvereinen und anderen, sowie andere im Interesse der sozialdemokratischen Sache nöthigen Mittheilungen bittet man zu richten an E. W. Klein, Vorsitzenden der Centralverwaltung für die Fachvereine.

Aus Dresden wird uns mitgeteilt, daß Klemp im König-Johann-Prozeß auch in zweiter Instanz zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt ist. Der Mitangeklagte, Walcker, wurde nach Ableistung des Reinigungsgebüdes klag- und straffrei gesprochen.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Zum diesjährigen Congress sind bis heute folgende Anträge eingegangen:

- a) von den Hamburger Mitgliedern: Der Congress wolle beschließen:
 - 1) Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Ausschusses, welchem über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich.
 - 2) Der nächste Parteicongress findet zu Weimar statt.
 - 3) Der Sitz des Ausschusses wird nach Berlin verlegt.
 - 4) Der Sitz der Controlcommission wird nach Augsburg verlegt.
 - 5) Den § 6 der Partei-Geschäftsordnung zu ändern wie folgt: „Die Mitglieder an jedem Orte sind verpflichtet, falls der fungirende Vertrauensmann seiner Aufgabe nicht genügt oder eine Vacanz eintritt, auf Grund ihres Vorschlages die Ernennung eines neuen Vertrauensmannes zu beantragen. Ueber diesen Antrag, welchem die genaue Adresse (Vor- und Zuname, Straße und Nummer) des Vorgeschlagnen beizufügen ist, hat der Ausschuss sich binnen 8 Tagen zu erklären.“

Außer vorsehenden Anträgen gibt der Ausschuss bekannt, daß als Vertrauensmänner folgende Parteigenossen bestätigt worden sind: Frohburg: August Köhler; Kleinschöcher: Franz Trost; Neundorf: Gottlieb Otto.

Zugleich theilen wir mit, daß heute die neueste Parteiberechnung nebst einem Circulair und einem Congress-Mandatformular an sämtliche Vertrauensmänner verschickt worden ist.

Schließlich werden die Parteigenossen allerorts dringend aufgefordert, zum bevorstehenden Quartalswechsel für die Verbreitung des „Volksstaat“ unermüßlich thätig zu sein. Durch den Fortfall der Stempelsteuer ist besonders unsern Parteigenossen in Preußen ein günstiger Moment zur Gewinnung neuer „Volksstaat“-Abonnenten geboten.

Mache es sich ein jeder Genosse zur Aufgabe, vor dem 1. Juli mindestens einen neuen Abonnenten dem „Volksstaat“ zuzuführen und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Die Lösung sei: „Kein Parteigenosse ohne Parteiorgan!“

Hamburg, 18. Juni 1874. Mit Gruß! Der Ausschuss J. A.: H. Bennete, H. Schäferlamp 36. August Geib, Rüdigermarkt 12.

Gewerkschaften.

Gewerkschaft der Schuhmacher. Goltha. In Loth in Bayern hat der Magistrat angeichts der Vorbeeren des Stromer die Mitgliedschaft aufgelöst, weil — nun

weil wir nach § 1 unseres Statuts die Ehre und die materiellen Interessen der Mitglieder wahren und diesen Zweck durch Organisation und Gründern eines Organs erreichen wollen. Nach der weisen Interpretation des Vohrer Magistrats charakterisiert aber ein solches Bestreben unsere dortige Mitgliedschaft als politischen Verein. Returs wird ergriffen. W. Bod.

Berein der Sattler und Berufsgeoffen.

Berlin, 14. Juni. Kollegen allerorts! Seit langer Zeit ist von unserer Seite kein Bericht an die Oeffentlichkeit gekommen, da wir es vorgezogen, durch schriftliche Correspondenz die Vereinsangelegenheiten den Mitgliedschaften zu unterbreiten, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß die Vertrauensmänner die Kollegen gehörig informiert haben. Wir haben hier in Berlin jetzt wie im vorigen Jahr eine reze Agitation entfaltet, und ist dem Lokalkomitee volle Anerkennung zu zollen für dessen Thätigkeit. Wenn sich die Erfolge dieses Jahr auch nicht so glänzend herausstellten als voriges Jahr (siehe Berlin, den 9. Febr. 73 im „Volksstaat“), so können wir doch bis jetzt zufrieden sein. Es bildet sich sozusagen jetzt der Kern der Gewerkschaft, denn die Beitretenden haben Erfahrungen während der Krisis, die augenblicklich noch nicht beendet ist, gesammelt. Die Privatgeschäfte fielen, die Anzahl der Arbeiter in den Privatwerkstätten ist stark vermindert, während die Militärarbeit gut geht, auf die lange Zeit, ist unbestimmt.

Unsere Versammlungen, welche regelmäßig jeden Sonnabend stattfinden, sind gut besucht, als Beweis diene folgendes: Es wurde vor einiger Zeit der Antrag gestellt, für die Inhabstirten beider Fraktionen zu sammeln, das Resultat der Sammlung war 9 Thlr. 18 Sgr., welche Summe denn auch bereits abgehandelt ist. Der von der Berliner Mitgliedschaft erwählte Delegirte Wirths für den Magdeburger Unioncongrès erstattete am 6. d. Mts. zur Zufriedenheit der Anwesenden Bericht über den Verlauf desselben; er hob die Nothwendigkeit hervor, der Union beizutreten. Es sind zu diesem Zwecke an alle Mitgliedschaften gegen 200 Nummern der „Union“ verhandelt worden, welche den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt werden müssen; es ist wünschenswert, daß die Vertrauensmänner die Diskussion hierüber vornehmen und diese wichtige Angelegenheit nicht theilnahmlos beiseite legen. — Aus Offenbach wird berichtet, daß die Geschäfte dort schlecht gehen; von Bremen und Braunschweig fehlen die Berichte. Die andern Städte, in welchen Mitgliedschaften bestehen, theilten mit, daß die Geschäfte gut gehen, besonders hervorzugeben sind diejenigen am Rhein, als: Köln, Bonn, Barmen Elberfeld; aus Koitzdorf wird mitgetheilt, daß das letzte Vereinsmitglied, Vertrauensmann Krößig, abreist, da die Militärarbeit dort beendet ist und weitere Privatwerkstätten nicht vorhanden sind. In der dortigen Fabrik ist eine Anzahl von 25—30 Lehrlingen, welche von einem Werkführer geleitet, die Arbeit sehr billig herstellen. Es diene den später dort in Arbeit tretenden Kollegen folgender Tarif zur Notiz: für einen Tornister, alles eingeseigt, 13 Sgr.; Tragriem ohne Hülfstriemen 1 Sgr. 2 Pf.; 1 Feldflasche ohne Riemen 2 Sgr.; 1 Paar Badtaschen 27 Sgr. 6 Pf.; 1 Putzengtasche 7 Sgr. 6 Pf.; Leibriemen 2 Sgr.; 1 Helm 3 Sgr. 6 Pf.; 1 Satteltasche 16 Sgr. Ferner ist zu bemerken, daß es wünschenswert wäre, wenn tüchtige Kräfte unseres Vereins ihr Augenmerk auf Stuttgart richteten, denn der dortige Verein scheint sehr geschwächt zu sein.

Es werden hierbei die Vertrauensmänner aufgefordert, da Anfang Juli der Jahresabschluss stattfindet, 1) die bis jetzt nicht eingegangenen Abrechnungen und Gelder schleunigst einzusenden; 2) ebenso eine genaue Liste der jetzt zahlenden Mitglieder, und 3) auch die Resultate der Anträge betreffs Abhaltung der diesjährigen Generalversammlung hierher bekannt zu geben. Es ist von Hamburg ein Protest eingekandt in das offizielle Organ und in den „Sozialdemokrat“; auch ist noch an den Vorstand geschrieben worden, was denselben nöthig, folgendes zu bemerken: Am 19. April ist dem Kassirer Wirths ein mit dem Hamburger Vereinsstempel versehener Antrag eingekandt worden, vom stellvertretenden Vertrauensmann Hempel unterzeichnet, worin extra bemerkt war, daß über selbige Anträge die Hamburger Mitglieder ab- und alle gegen 5 dafür gestimmt hätten; es kann hier nur ein unliebsamer Dretum vorliegen, und ist es nicht nothwendig, daß deshalb eine Mitgliedschaft gleich an die Oeffentlichkeit geht mit Angelegenheiten, die der Vorstand jederzeit zur Zufriedenheit derselben geregelt haben würde; es wäre wünschenswert, daß die Vertrauensmänner sich erst gehörig informiert und dann an die Oeffentlichkeit gingen. — Neu angemeldet als Mitgliedschaften sind Hannover, Vertrauensmann H. Thöme, Knochenhauerstr. Nr. 11, Arbeitsnachweidbureau Knochenhauerstraße 49, Barmen, Vertrauensmann M. Neubauer, wohnhaft in Elberfeld, Berlinerstr. 88.

Mit Gruß und Handschlag!

Im Namen des Vorstandes:
G. Wirths, Alexandrinenstr. 116.

Correspondenzen.

Leipzig. Die „Passauer Zeitung“, ein gut nationalliberales Blatt, das mit „Wachzetteln“ von Herrn Legidi reichlich versorgt zu werden pflegt, kommt plötzlich mit folgendem überraschenden Rechenerempel:

„Es dürfte nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß die Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die deutsche Reichstagswahl nach der Aufstellung des Professor Dr. Birnbaum nicht weniger als 180,000 Thlr. Kosten verursacht hat, und diese Summe sollte aus dem Säckel der Arbeiter geflossen sein!“

Was dieser Birnbaum nicht alles weiß! Wenn wir ihm sagen würden, wie wenig Geld es uns gekostet hat, um gerade ihn aus seinem früheren Wahlbezirk, dem Leipziger Landkreise, hinauszutreiben, würde er sich wohl verwundern! Seit Jahr und Tag beschäftigt sich nun Professor Birnbaum in Plagwitz mit dem „Studium der Tendenzen und der Organisation“ der Sozialdemokratie, und heute ist er, der „Mann der Wissenschaft“, wie er sich nennt, nicht einmal im Stande, eine Berechnung der Wahlkosten aufzustellen, die auch nur annähernd richtig wäre, obgleich in unseren Parteiorganen über Alles öffentlich abgerechnet worden ist. Arme „Wissenschaftler“!

Man sollte fast glauben, der Professor Birnbaum habe sich seine Instruktionen von jenem gewerkschaftlichen Lügner und literarischen Lumpen geholt, der einst an die „Dresdner Presse“ schrieb, die Sozialdemokratie Leipzigs hätte ihre Wahlkosten durch Wechselkäufung aufgebracht.

Im Uebrigen kümmerte sich Herr Birnbaum um das Defizit seines Blattes, der „Spencer'schen Zeitung“ und nicht um unsere Wahlkosten. Dieses Defizit soll monatlich einige Tausend Thaler betragen, denn für die Gemeinheiten „unseres“ Brauns ist nur bei Birnbaum und Seinesgleichen Geschmaek vorhanden

und solcher „Birnbaum“ macht glücklicher Weise nicht allzuvielle in Deutschland. Und dieses erste Defizit seines Blattes deckt wohl der Herr Professor aus seiner Tasche, aus seinen Privatmitteln? freilich, soviel verdient er bei seinen „Vorlesungen“ und von einem Fond der Reptilien hat er sicherlich noch niemals auch nur etwas gehört.

Leipzig. Das hiesige „Tageblatt“ vom 17. Juni bringt folgenden Erguß über die Einfuhr von Kuli nach Europa: „Die von Nationalökonomern längst vorausgesagte Einfuhr von Kuli nach Europa scheint einen Schritt vorwärts gethan zu haben. Eine Anzahl Berliner Industrieller hat vor kurzer Zeit eine Zusammenkunft abgehalten, in der berathen wurde, ob und in welcher Weise die Einfuhr von Kuli möglich sei. Diese letzteren machen bekanntlich wenig Ansprüche an die Bequemlichkeiten des Lebens und daher sind sie im Stande, um weit geringeren Lohn zu arbeiten, als unsere Arbeiter zu thun vermögen. Ein Kuli mit der Hälfte des Verdienstes unserer Arbeiter würde nach einer Reihe von Jahren in seine Heimath zurückkehren können mit einer Summe, die für ihn ein kleines Vermögen darstellt. Da dieselben sich in Deutschland unter dem Schutze der Geseze befinden würden, so läßt sich voraussehen, daß, wenn einmal der erste Schritt gethan sein wird, die Kuli sich vorzugsweise hierher wenden werden, und diese Völkerverwanderung wird dann für die Zukunft eine ernste Frage werden.“

Es sollte uns sehr wundern, wenn sich nicht eine „Anzahl Leipziger Industrieller“ finden würden, um im Verein mit ihren Berliner Kollegen eine Kalihandels-gesellschaft auf Actien zu gründen; nach den Ausführungen des „Organs für Politik, Handels- und Geschäftsverkehr“ (so betitelt sich das Leipziger Organ für Schweinsmädel und Klöße seit seiner unfeinwilligen Preßfreiheit) würde dies jedenfalls ein sehr einträgliches Geschäft sein, und Routine soll ja ein großes Leipziger nicht mehr bestehendes Handelshaus in diesem Fache schon haben; vielleicht erleben wir noch, daß obengenanntes Organ noch von Kulis gesezt, gedruckt und auch redigirt wird, denn warum sollten unter den Kulis nicht auch Leute sein, die sich zur Redaction eines Organs für Schweinsmädel und Klöße eignen? und sich auch noch mit der Hälfte des Gehaltes des jetzigen Redacteurs in „einer Reihe von Jahren“ ein kleines Vermögen erwürben? Diese Art Völkerverwanderung würde allerdings für die Zukunft und die „Gosenbrüder“ eine sehr ernste Frage werden.

Königsbrück. Sonntag, den 31. Mai fand hier eine Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung „die Thätigkeit des Reichstags und die Ziele der Arbeiterbewegung“ stand. Als Referent war Biederer aus Dresden erschienen. Derselbe leitete sein Referat mit einem Ueberblick über die Entstehung und Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart ein, kennzeichnete die politische Bedeutung derselben mit Hinweis auf die verflossenen Reichstagswahlen, entwarf ein getreues Bild des Reichstags und ging auf dessen Thätigkeit in der letzten Session über. Ferner kritisierte er das zu Stande gekommene Militärgesez und die damit verbundene Aufgabe des Budgetrechts, und wies auf das Preßgesez und seine Konsequenzen hin. Der Referent bezeichnete die gegen die katholische Kirche beziehentlich deren Vertreter geschaffenen Ausnahmegeseze als einen Kampf, der die Bezeichnung Kulturkampf nicht verdiene, und als ein Zeichen der Schwäche, da ein wohlgeordneter und auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit basirender Staat in erster Linie die Pflicht habe, volle Freiheit in Bezug auf die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie auf Glaubens- und Gewissensangelegenheiten zu gewähren; daß aber alle hierauf sich beziehenden Geseze das Gegentheil zur Folge haben, die natürlichen Rechte des Volkes verletzen, und den letzten Funken von Freiheit erlöschen. Wenn die repräsentative Gewalt des Staates es aufrichtig meine, könne sie viel wirksamer den jesuitischen Untrieben auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens entgegenzutreten, indem sie Trennung der Kirche vom Staate, Trennung der Schule von der Kirche durchsetze, und in logischer Konsequenz der längst geltend gemachten Forderung, die Einführung confessionelloser Schulen betreffend, Rechnung trüge. Er selbst aber zweifelte an dem guten Willen der Reichsregierung, indem diejenigen Staaten, welche als ihre Grundprinzip den Militarismus an die Spitze stellen, kein Interesse an der stilllichen Entwicklung und humanitären Bildung des Volkes haben können, weil ja eben der göttliche Autoritätsglaube der Grundpfeiler und die Hauptstütze des Despotismus ist. Er bezeichnete die Bestrebungen des deutschen Kaiserreichs und seine Verehrer, welche auf die Einführung russischer Zustände hinielten, wo der Kaiser gleichzeitig die weltliche und geistliche Autorität, also den vollendetsten Despotismus ausübe, und stellte die Frage: ob man nicht bereits jetzt schon die Schläge der russischen Knute verspüre? Nachdem derselbe in seinem Schlusswort nochmals darauf hinwies, daß trotz aller Anstrengungen von Seite der Gegner die humanen Prinzipien der Sozialdemokratie siegen und der von derselben angestrebte Rechts- und Volksstaat zur Bewirklichung gelangen werde, verließ die Versammlung, trotz einer zweimaligen Androhung der Entziehung des Wortes von Seite des überwachennden Beamten und eines die parlamentarische Ordnung störenden Verhaltens von Seite eines leider dem Arbeiterstande angehörnden Individuums, in ruhiger und unserer Bestrebungen würdiger Weise. (Volksbote.)

Lützenwalde, 14. Juni. Lessendorf in allen Ecken! ist heut allgemeine Parole. Dies mußten am 2. d. M. auch sechs hiesige Mitglieder der Partei empfinden, indem am gedachten Tage nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, als die Bourgeois noch im süßen Schlafe lagen, die Polizei unter persönlicher Leitung des gesellschaftsretterischen Bürgermeisters Heibborn in deren Wohnungen uneingeladen erschien, um nach guter preußischer Sitte auf staats- und gesellschaftsgefährliche Papiere zu fahnden und wurde bei dieser Gelegenheit alles Bedrudte und Unbedrudte, was nur irgend wie Papier aussah, mitgenommen. Da wird man sich denn auch nicht wundern, wenn unter den confiscirten Sachen sich Dinge befinden, welche allerdings staats- und gesellschaftsgefährlich erscheinen müssen. So wurde unserm Parteigenossen Ehrhardt eine Schnür zum Webstuhle confiscirt, welche unzweifelhaft ein sehr gefährliches Ansehen hat. Man denke sich nur ein Stück Papier, ein Quadrat, bestehend aus hundert kleinen Quadraten, von welchem abwechselnd das eine bezeichnet, das andre unbenannt ist; was kann das zu bedeuten haben? Für Uebrigeweichte muß das etwas Schreckliches sein. Bei Parteigenossen Dreßler und Gerischer wurden ferner die sardischen Petroleumsprigen gefunden, deren Bezeichnung schon staats- und gesellschaftswidrig ist. Und nun erst die Liebesbriefe, allerlei Angelgeräthschaften, verweilte Rosen, jugendsündliche Gedichte! Ein wahres Arsenal des Hochverrats! Doch ach! gerade was man suchte, das fand man nicht, weder eine Mitgliederliste noch eine Kasse, — weil so etwas natürlich gar nicht existirt.

*) Eine Gebietsammlung unter diesem Titel.

Genossenschaftsdruckerei. Antihelische bez. Antiheliquungen erhielten ferner: In Leipzig, B. S. 1 Thlr.

Briefkasten der Redaktion. R. Kögel in Neuhädel: Die Annonce kam für Freitagssnummer zu spät. G. R. in Köpmit: Mühen geschont werden 3. in Heidelberg: Ihre Correspondenz konnten wir unmöglich so lassen wie sie war. Der Expedition. Wif hier Ab. Juni 6 Or. Arb.-B.-B. Weis 2. u. 3. D. Lbr. 2 25. Schj. Naboßnadi Schr. Or. 28 8. Schj. Reudwig Ab. 4. u. 1. D. 20 Lbr. Schr. 1 Thlr. 3. Mkr hier 1. D. 15 Lbr. Schj. Plagwitz Ab. 1. D. 1 Thlr. Schr. 4 Or. Schj. Colp. hier Ab. Mai Lbr. 1 1 5. Wldat Müllner Schr. 2 Thlr. Schj. Selterhausen Ann. 12 Or. Mts hier Ab. Juli 6 Or. — D. Schj. Schwennungen: Die beiden Annoncen kosten 9 Or. Wäffer Würzburg: Die Festau. 1. 24 Or. Ugt.-Com. Rannheim: Die Ann. 1. 1 Thlr. Traumann Berlin: Die Ann. 1. 10 Or.

Augsburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Samstag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr: Monatsversammlung in der Schützenhalle.

Ausflug mit Muß auf den Stobel. Sonntag, den 28. Juni: Zusammenkunft am anheren Zoll um 1 Uhr. — Abmarsch halb 2 Uhr. Jeder Teilnehmer bezahlt 12 Kreuzer und werden dafür Abreich am Plage ausgegeben. — Damen frei. Alle Sozialdemokraten Augsburgs und der Umgegend werden hier eingeladen. Die Massen am Plage; „es wird getheilt!“ Der Aussch.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter. Mittwoch, den 24. Juni, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Eckhardt, Schoppensteß 22. — Tagesordnung: Bericht über den Gewerkschaftscongrès und Rügen der Union. Der Pro.

Leipzig Arbeiterbildungsverein. Sonntag den 28. Juni: Sommer-Fest

in den Räumen des Gasthofs „Zur goldenen Krone“ in Sonnenw. Mitglieder, Gönner und Freunde des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen. Da das königl. Gerichtamt II hier öffentliche Kasse im Festloca zu führen bei Strafe verboten hat, machen wir die Festtheilnehmer darauf aufmerksam, daß Programm von Morgen an zu jeder Tageszeit, sowohl in den Abendstunden nur im Vereinsloca und in der Expedition des „Volksstaat“ zu haben sind. Der Vorstand.

Leipzig Unser Sommerbergnügen. findet heute, Sonntag, den 21. Juni, in den Räumen des Schützenhaus statt. — Beginn des Concerts 3 Uhr, Beginn des Balles 6 Uhr. Die Herren Meister sowohl, als auch die Kollegen und deren Freunde werden dazu freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen. D. B.

Leipzig Allgem. deutscher Schneiderverein. Dienstag, d. 23. Juni, Abds. halb 9 Uhr: Versammlung, Gewandgäßchen 4, 1. Tagesordnung: Etwasige Anträge zur Generalversammlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. D. B.

Leipzig und Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaften. Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Frösch, Nicolastraße 38. — Tagesordnung: Vortrag. — Aufnahme neuer Mitglieder. Alle Diejenigen, welche Protokolle von der diesjährigen Generalversammlung haben wollen, mögen sie den Montag bestellen.

Schneeberg Arbeiterfortbildungsverein. Sonntag, den 28. Juni: Arbeiter-Fest verbunden mit Concert, Festrrede, Vorträgen und Ball im Saale der grünen Laube, wozu alle Freunde und Gesinnungsgenossen hiermit freundlichst eingeladen werden. — Beginn nachmittags halb 4 Uhr. Die Festrrede hält Herr Wilhelm Liebkecht. Der Vorstand

Spandau Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 22. Juni, Abends halb 9 Uhr: Versammlung in Hamburger Tunnel. — Tagesordnung: 1) Fortsetzung des Vortrags über die Gewerbenovelle. Referent Meyner. 2) Antiebz zum Congrès. Es ist Pflicht Aller pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Die Union Organ für die deutschen Holzarbeiter erscheint in Hamburg seit dem 1. Januar und auch im nächsten Quartal monatlich zwei Mal. Später laut Beschluß des Magdeburger Gewerkschafts-Kongrès wöchentlich ein Mal als Organ der deutschen Gewerkschaften. Alle Postanstalten nehmen Abonnements zum Preise von 4 Sgr. pro Quartal entgegen. Verlag und Redaktion der „Union“.

Abonnements auf die New-Yorker „Arbeiter-Zeitung“ wollen für nächstes Quartal schon jetzt gemacht werden, damit die Bestellung rechtzeitig geschehen kann und nicht Verzögerung im Verband eintritt. Die Restanten des 2. Quartals wollen ihren Abonnementsbetrag fort entrichten. — Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal. Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Or. Postnummerando-Zahlung. Zahlreichen Aufträgen steht entgegen Leipzig. Die Expedition des „Volksstaat.“

In dem kürz. an die Vertrauensmänner vers. Kassendbericht ist unter Post 6 Unterstützungsfond 25 Thlr. 2 Or. für W. Liebkecht zu berichtigen per Honorar; ebenso die unter Pos. 8 bef. 17 Thlr. Hablich.

Die Outfabrik-Genossenschaft Kleine Fleischergasse 20 in Leipzig empfiehlt ihr Lager in Filz- und Seidenhüten neuester Façon zu den billigsten Preisen. Reparaturen gut, schnell und billig. [13 S.] Ich ersuche alle Beisee etc. an mich nicht mehr nach Gellenu sondern nach Freiberg unter folgender Adresse zu senden: Karl Ferd. Sonntag, per Adr.: Herr Eppendorfer, Mühlgraben 555, Freiberg i/S.

Unserm Parteigenossen Johannes Ebert zu seinem Geburtstag ein donnerndes Hoch und Gießt ihm vom Besten Du, heut eine halbe Tonne, So schmeie Freund auch Dir, recht lange noch die Sonne. Berlin, am 21. Juni 1874. Die Alten.

Unserm Parteigenossen, Freund und Kollegen Karl Böbel gratuliren zu seinem 50jährigen Geburtstag, und bringen ihm ein dreimal donnerndes

Glück Auf! Die sämmtlichen Kollegen in Selterhausen.

Leipzig: Hermann Heubner: H. Bretzner. (Redaktion u. Exped. der Zeitsch. d. S.) Druck und Verlag der Gewerkschaftsdruckerei.